



**Antje Tillmann**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

Berlin, 5. Mai 2010  
Redaktion: Johannes Nehlsen

**Antje Tillmann, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-77019  
Fax: +49 30 227-76497  
antje.tillmann@bundestag.de

**Wahlkreisbüro Erfurt:**  
Brühler Straße 4  
99084 Erfurt  
Telefon: +49 361 643 19 67  
Fax: +49 361 644 78 59  
antje.tillmann@wk.bundestag.de

**Wahlkreisbüro Weimar:**  
Erfurter Straße 12  
99423 Weimar  
Telefon: +49 3643 850 582  
Fax: +49 3643 850 585

**Mitglied im Finanzausschuss**

**Mitglied im  
Vermittlungsausschuss**

**Stellv. Mitglied im  
Haushaltsausschuss**

### **Tillmann: Wir wollen freie Entscheidung der Kommunen bei Betreuung von Arbeitslosen**

**Am Donnerstag berät der Deutsche Bundestag die sogenannten Jobcenterreform. Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) hatte sich kürzlich dafür ausgesprochen, mehr als die verabredeten 110 Optionskommunen zuzulassen.**

Die Betreuung von Arbeitslosen in Deutschland geschieht auf zwei verschiedene Arten: In der Regel findet die Betreuung gemeinsam durch die Bundesagentur für Arbeit und die Kommune statt. In einigen Fällen, den sogenannten Optionskommunen, betreuen die Kommunen in Eigenregie. Während der wochenlangen Verhandlungen der christlich-liberalen Koalition mit der SPD hatte die Union versucht, die SPD von einer umfassenden Ausweitung des Optionsmodells zu überzeugen. Am Ende stand der Kompromiss, die Zahl der Optionskommunen von bisher möglichen 69 auf 110 zu erhöhen.

"Ich hätte es begrüßt, wenn wir allen Kommunen die freie Entscheidung gegeben hätten zu optieren. Wir hätten den Kommunen an dieser Stelle gerne mehr vertraut", so die CDU-Bundestagsabgeordnete Antje Tillmann, die Mitglied in der Projektgruppe Jobcenterreform der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewesen ist. Dass nun auch Machnig zu dieser Erkenntnis gelangt ist, sei zwar begrüßenswert, bringe jedoch recht wenig, wenn seine eigene Partei für etwas anderes streite.

Bereits heute zeichnet sich ab, dass in Thüringen mehr Kommunen optieren wollen, als die zwei oder drei zusätzlichen Optionsmöglichkeiten, die Thüringen voraussichtlich erhalten wird. "Es ist vollkommen offen, wie man plausibel begründen will, warum die eine Kommune optieren darf und die andere nicht", so Tillmann. "Sollte sich die SPD jetzt umentscheiden, sind wir dabei!"